

Anreise mit der Bahn:

Berlin Hauptbahnhof

S-Bahn-Linie 9 (S9) Richtung Schönefeld bis Alexanderplatz, weiter U-Bahn-Linie 2 (U2) Richtung Theodor-Heuss-Platz bis U-Bhf. Hausvogteiplatz (Dauer ca. 20 Minuten)

Bahnhof Ostbahnhof

alle S-Bahn-Linien Richtung Wannsee, Spandau, Grunewald bis S+U-Bhf. Alexanderplatz, weiter U-Bahn-Linie 2 (U2) Richtung Ruhleben oder Olympiastadion bis U-Bhf. Hausvogteiplatz (Dauer ca. 15 Minuten)

Bahnhof Lichtenberg

U-Bahn-Linie 5 (U5) Richtung Alexanderplatz bis S+U-Bhf. Alexanderplatz, weiter U-Bahn-Linie 2 (U2) Richtung Ruhleben oder Olympiastadion bis U-Bhf. Hausvogteiplatz (Dauer ca. 20 Minuten)

Anreise mit dem Flugzeug:

Flughafen Tegel

Bus X9 Richtung Zoologischer Garten bis Ernst-Reuter-Platz, weiter U-Bahn-Linie 2 (U2) Richtung Pankow bis U-Bhf. Hausvogteiplatz (Dauer ca. 38 Minuten)

Flughafen Schönefeld

zu Fuß ca. 6 Minuten bis S-Bhf. Flughafen Berlin-Schönefeld, weiter S-Bahn-Linie 9 (S9) Richtung Grunewald bis S+U-Bhf. Alexanderplatz, weiter U-Bahn-Linie 2 (U2) Richtung Ruhleben oder Olympiastadion bis U-Bhf. Hausvogteiplatz (Dauer ca. 55 Minuten)

Wegbeschreibung



Bundesministerium der Justiz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin



(0 30) 18 580 - 9254



(030) 18 580 - 9525



poststelle@bmj.bund.de



**Bundesministerium
der Justiz**

Einladung

**Konferenz gegen die Verbreitung von
Hass im Internet**

am 9. Juli 2009



Tagung

Im Jahr 2000 veranstaltete das Bundesministerium der Justiz zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Simon Wiesenthal Center die internationale Konferenz „Verbreitung von Hass im Internet“. Auf der Konferenz wurde ein internationaler Dialog über den Umgang mit Hass im Internet geführt. Als Ergebnis wurde die „Berliner Erklärung“ verabschiedet. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Straftaten im Internet und die globale Verbreitung und kommerzielle Ausbeutung von Hass via Internet nicht hingenommen werden dürfen. Stattdessen wurde der Grundsatz unterstrichen, dass auch online verboten sein muss, was offline verboten ist.

Als Ziele für die Zukunft formulierte die Berliner Erklärung unter anderem die Arbeit an einem globalen Wertekonsens, die gesellschaftliche Ächtung der Verbreitung von Hass gegen Minderheiten, die Schaffung von regionalen und internationalen Mindeststandards an Strafbestimmungen und die Förderung der technischen Entwicklung und des Einsatzes geeigneter Filterprogramme für Schulen, Eltern und andere Nutzergruppen. Auch die Bedeutung verstärkter Kooperation und von freiwilligen Selbstverpflichtungen der beteiligten Wirtschaftskreise wurde ausdrücklich betont.

In den neun Jahren seit der Verabschiedung der Berliner Erklärung haben sich sowohl das Internet als auch die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fortentwickelt. Mit der Konferenz am 9. Juli 2009 soll zum einen Bilanz gezogen werden, wo wir bei der Bekämpfung von Hass und Fremdenfeindlichkeit im Internet heute stehen, welche rechtlichen und technischen Instrumentarien sich in der Praxis bewährt haben und welche Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Darüber hinaus soll ein Blick in die Zukunft gewagt und diskutiert werden, welche Wege wir zukünftig einschlagen wollen.

Wir bitten um formlose Anmeldung (per E-Mail Referat-IIB5@bmi.bund.de oder per Fax an 030 -18 580 8252) bis zum **03. Juli 2009**.

Programm

Gesamtmoderation: Christiane Wirtz

10.00 Uhr Begrüßung und Einführung

Brigitte Zypries
Bundesministerin der Justiz, MdB

10.20 Uhr Hass im Internet – Eine Situationsbeschreibung

Kurzvorträge:

Romani Rose
Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Heinz Fromm
Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Stefan Glaser
Jugendschutz.net

Anschließend kurze Gelegenheit zu Nachfragen

11.00 Uhr Pause

11.15 Uhr Auf dem Weg zu einem globalen Wertekonsens – Was ist verboten?

Vorträge:

Prof. Dr. Felix Herzog
Professor für Strafrecht an der Universität Bremen

Suzette Bronkhorst
Generalsekretärin von INACH (International Network Against CyberHate)

Anschließend kurze Gelegenheit zu Nachfragen

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr

Auf dem Weg zu einem globalen Wertekonsens – Wie werden Verbote durchgesetzt?

Einführung ins Thema

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Sieber
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i.Br.

Anschließende Podiumsdiskussion mit

Oberstaatsanwalt Michael von Hagen
Leiter der für Staatsschutzdelikte u. a. zuständigen Abteilung 11 der Staatsanwaltschaft Berlin

Sabine Frank
Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM)

Elke Monssen-Engberding
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

15.15 Uhr

Pause

15.30 Uhr

Die nächsten Herausforderungen

Podiumsdiskussion mit

Prof. Dr. Felix Herzog
Professor für Strafrecht an der Universität Bremen

Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz
Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts a.D.,

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Sieber
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i.Br.

Stephan J. Kramer
Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland

Stefan Glaser
Jugendschutz.net

16:30 Uhr

Voraussichtliches Ende der Tagung